

Ausgabe 6

11. Februar 2021

# steuern + recht aktuell

Wichtige Änderungen in Recht und Gesetz

## Inhalt

### Neues aus der Gesetzgebung & Finanzverwaltung

Drittes Gesetz zur Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise geplant

BMF: Minderung der Umsatzsteuer-Sondervorauszahlung auf Null möglich

### Aktuelle Rechtsprechung

BFH-Entscheidungen, veröffentlicht am 11. Februar 2021

Weitere Veröffentlichungen vom Tage

Nachweis der Einlagenrückgewähr bei Ausschüttungen einer EU-Kapitalgesellschaft im Steuerfestsetzungsverfahren des Anteilseigners

Beteiligungs- und Darlehensgeschäfte innerhalb eines Konzerns zur Umgehung der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen aus dem Verkauf mehrerer Flugzeuge nach Ablauf der Leasingdauer stellen Gestaltungsmissbrauch dar

### Terminplaner

### Noch Fragen?

# Neues aus Gesetzgebung & Finanzverwaltung

Drittes Gesetz zur Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise geplant

*Der Bundestag berät am Freitag den 12. Februar 2021 in erster Lesung den Entwurf von CDU/CSU und SPD für ein drittes Gesetz zur Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise (drittes Corona-Steuerhilfegesetz).*

Mit dem Gesetz sollen die im Rahmen des Koalitionsausschusses am 3. Februar 2021 (vgl. unseren Blogbeitrag) beschlossenen weitergehenden Hilfsmaßnahmen für Familien und Unternehmen umgesetzt werden. Im Einzelnen sind dies insb. folgende Maßnahmen:

- **Ausweitung des steuerlichen Verlustrücktrags** für die Veranlagungszeiträume **2020 und 2021** auf maximal **10 bzw. 20 Millionen EUR** bei Zusammenveranlagung natürlicher Personen (mit dem Zweiten Corona-Steuerhilfegesetz wurde der Verlustrücktrag zuletzt auf 5 bzw. 10 Millionen EUR ausgeweitet, siehe unseren [Blogbeitrag](#));
- **Ausweitung der Betragsgrenzen** für den mit dem Zweiten Corona-Steuerhilfegesetz in **§ 110** und **§ 111 EStG** eingeführten Mechanismus eines vorläufigen Verlustrücktrags auf maximal **10 bzw. 20 Millionen EUR** bei Zusammenveranlagung natürlicher Personen für den Veranlagungszeitraum 2019 (§ 110 EStG) bzw. die Veranlagungszeiträume 2019 und 2020 (§ 111 EStG); um eine Berücksichtigung der neuen Höchstbetragsgrenzen im Rahmen des § 111 EStG zu ermöglichen, soll auch die in § 111 Abs. 8 EStG vorgesehene Möglichkeit zur nachträglichen Inanspruchnahme des vorläufigen Verlustrücktrags / Erweiterung eines entsprechenden Antrags auf Fälle ausgedehnt werden, in denen der Steuerbescheid für 2019 innerhalb von zwei Wochen nach dem Tag der Verkündung des Dritten Corona-Steuerhilfegesetzes im BGBl. bestandskräftig geworden ist; (Erweiterungs-)Antrag auf Berücksichtigung eines vorläufigen Verlustrücktrags für 2020 soll bis einen Monat nach dem Tag der Verkündung gestellt werden können;
- Verlängerung der Gewährung des **ermäßigten Umsatzsteuersatzes von 7%** für erbrachte **Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen** mit Ausnahme der Abgabe von Getränken **bis zum 31. Dezember 2022** (ursprünglich war die Regelung bis Ende Juni 2021 befristet (vgl. (Erstes) Corona-Steuerhilfegesetz, vgl. unseren [Blogbeitrag](#)).

Das Gesetz soll grundsätzlich am Tag nach der Verkündung in Kraft treten. Art. 2 des Gesetzes, mit dem die Grenzen für den steuerlichen Verlustrücktrag ab dem



Veranlagungszeitraum 2022 wieder auf 1 bzw. 2 Millionen EUR abgesenkt werden sollen, soll am 1. Januar 2022 in Kraft treten.

## **Fundstelle**

[BT-Drucksache 19/26544 vom 09. Februar 2021.](#)

BMF: Minderung der Umsatzsteuer-Sondervorauszahlung auf Null möglich

*Im Anschluss an das Vorgehen im vergangenen Jahr ist auch für das Jahr 2021 für krisenbetroffene Unternehmen eine Minderung der Umsatzsteuer-Sondervorauszahlung für die Dauerfristverlängerung bis auf Null möglich. Dies hat das Bundesministerium der Finanzen (BMF) auf seiner Homepage mitgeteilt.*

Grundsätzlich müssen Unternehmer nach Ablauf des Voranmeldungszeitraums bis zum 10. des Folgemonats ihre Umsatzsteuer-Voranmeldungen an das Finanzamt übermitteln. Auf Antrag kann den Unternehmen eine Dauerfristverlängerung um einen Monat gewährt werden. Bei Unternehmen mit monatlichem Voranmeldungszeitraum ist dies jedoch von der Leistung einer Sondervorauszahlung abhängig. Diese beträgt 1/11 der Summe der Vorauszahlungen für das vorangegangene Kalenderjahr und wird bei der letzten Voranmeldung des Jahres angerechnet.

Laut den aktualisierten BMF FAQ „Corona“ (Steuern) vom 03. Februar 2021 können die entsprechenden Anträge bis zum 31. März 2021 gestellt werden. Die Dauerfristverlängerung bleibt auch bei einer Erstattung bzw. geminderten Anmeldung oder Festsetzung der Sondervorauszahlung bestehen.

Darüber hinaus sollen die Finanzämter bis zum 31. Dezember 2021 bei Steuerpflichtigen, die unmittelbar und nicht unerheblich von der Corona-Krise negativ wirtschaftlich betroffen sind, von der Festsetzung nachträglicher Steuervorauszahlungen absehen. Ist die Entwicklung der Einkünfte im Jahr 2021 jedoch positiver als erwartet, weist das BMF darauf hin, dass der Steuerpflichtige dies dem Finanzamt mitteilen sollte. In einem solchen Fall würden die Vorauszahlungen entsprechend angepasst werden, um hohe Abschlusszahlungen für den Veranlagungszeitraum 2021 zu vermeiden.

## **Fundstelle**

[BMF FAQ „Corona“ \(Steuern\) vom 03. Februar 2021.](#)

# Aktuelle Rechtsprechung

BFH-Entscheidungen, veröffentlicht am 11. Februar 2021

## **EuGH-Vorlage XI R 22/18: EuGH-Vorlage zum Vorsteuerabzug einer geschäftsleitenden Holding**

23. September 2020

Kann einer geschäftsleitenden Holding, die steuerpflichtige Ausgangsumsätze an Tochtergesellschaften (TG) ausführt, das Recht auf Vorsteuerabzug auch für Leistungen, die sie von Dritten bezieht und gegen die Gewährung einer Beteiligung am allgemeinen Gewinn in die TG einlegt, zustehen, obwohl die bezogenen Eingangsleistungen nicht in direktem und unmittelbarem Zusammenhang mit den eigenen Umsätzen der Holding, sondern mit den (weitgehend) steuerfreien Tätigkeiten der Tochtergesellschaften stehen, die bezogenen Eingangsleistungen in den Preis der steuerpflichtigen Umsätze keinen Eingang finden und nicht zu den allgemeinen Kostenelementen der eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit der Holding gehören?

[Zum Urteil](#)

## **Urteil IV R 30/18: Keine Hinzurechnung von Schuldzinsen aus Erwerb einer mitunternehmerischen Beteiligung an Finanzdienstleistungs-institut**

16. Juli 2020

Schuldzinsen, die im Zusammenhang mit dem Erwerb einer mitunternehmerischen Beteiligung an einem Finanzdienstleistungsinstitut, das ausschließlich staatlich nach dem KWG beaufsichtigte Finanzdienstleistungen erbringt, vom Mitunternehmer geleistet werden, sind nach § 19 Abs. 4 GewStDV von der Hinzurechnung nach § 8 Nr. 1 Buchst. a GewStG ausgenommen.

[Zum Urteil](#)

## **Urteil II R 7/18: Immobilienwertnachweis durch Gutachten**

14. Oktober 2020

Die ImmoWertV gestattet die Ermittlung des Bedarfswerts eines Erbbaugrundstücks nach der finanzmathematischen Methode.

[Zum Urteil](#)



# Weitere Veröffentlichungen vom Tage:

**Urteil VI R 11/18: Arbeitslohn bei Übernahme der Beiträge zu einer Berufshaftpflichtversicherung einer angestellten Rechtsanwältin durch den Arbeitgeber**

01. Oktober 2020

**Zum Urteil**, siehe auch das im Wesentlichen inhaltsgleiche Urteil **VI R 12/18** vom selben Tag

## Rechtsprechung im Blog

### **Nachweis der Einlagenrückgewähr bei Ausschüttungen einer EU-Kapitalgesellschaft im Steuerfestsetzungsverfahren des Anteilseigners**

Es ist mit Art. 3 Abs. 1 GG vereinbar, dass inländische Anteilseigner einer Drittstaatenkapitalgesellschaft im Rahmen des Steuerfestsetzungsverfahrens den Nachweis führen können, dass ein bestimmter Bezug als Einlagenrückgewähr zu qualifizieren ist, Ausschüttungen an inländische Gesellschafter einer EU-Kapitalgesellschaft gemäß § 27 Abs. 8 Satz 9 KStG ohne weitere Nachweismöglichkeit des Anteilseigners jedoch stets als Gewinnausschüttung gelten, wenn die EU-Kapitalgesellschaft das Feststellungsverfahren gemäß § 27 Abs. 8 KStG nicht betreibt. Dies hat der Bundesfinanzhof (BFH) in einem aktuellen Urteil entschieden.

#### **Sachverhalt**

Die Beteiligten streiten darüber, ob die von dem Kläger im Streitjahr 2011 aus einer österreichischen Kapitalgesellschaft (der I-AG) bezogene Ausschüttung gemäß § 20 Abs. 1 Nr. 1 Satz 3 des Einkommensteuergesetzes in der im Streitjahr anzuwendenden Fassung (EStG) aufgrund einer Einlagenrückgewähr als nicht steuerbarer Kapitalertrag zu behandeln ist.

Das Finanzamt behandelte die Ausschüttung als steuerpflichtigen Kapitalertrag.

Die Klage vor dem Hessischen Finanzgericht (siehe unseren [Blogbeitrag](#)) blieb ohne Erfolg.

#### **Entscheidung des BFH**

Der BFH hat sich der Auffassung der Vorinstanz angeschlossen und die Revision als unbegründet zurückgewiesen.

Fragen der Vereinbarkeit des von der ausschüttenden EU-Kapitalgesellschaft zu betreibenden Feststellungsverfahrens gemäß § 27 Abs. 8 Körperschaftsteuergesetz (KStG) mit höherrangigem Recht hinsichtlich des grundsätzlichen Erfordernisses des Verfahrens, der Antragstellung und -frist, der Anforderungen an den Nachweis einer Einlagenrückgewähr und der Mitwirkungs- und Antragsrechte des Anteilseigners sind nicht im Rahmen der Veranlagung des Anteilseigners zu klären.

Es ist mit Art. 3 Abs. 1 GG vereinbar, dass inländische Anteilseigner einer Drittstaatenkapitalgesellschaft im Rahmen des Steuerfestsetzungsverfahrens den Nachweis führen können, dass ein bestimmter Bezug als Einlagenrückgewähr zu



qualifizieren ist, Ausschüttungen an inländische Gesellschafter einer EU-Kapitalgesellschaft gemäß § 27 Abs. 8 Satz 9 KStG ohne weitere Nachweismöglichkeit des Anteilseigners jedoch stets als Gewinnausschüttung gelten, wenn die EU-Kapitalgesellschaft das Feststellungsverfahren gemäß § 27 Abs. 8 KStG nicht betreibt.

Die Frage, ob es mit den Vorgaben der Kapitalverkehrsfreiheit (Art. 63 AEUV) vereinbar ist, dass inländische Gesellschafter von EU-Kapitalgesellschaften den Nachweis einer Einlagenrückgewähr für einen bestimmten Bezug im Rahmen des Steuerfestsetzungsverfahrens nicht selbst führen dürfen, ist im Klageverfahren gegen einen Einkommensteuerbescheid des Anteilseigners nur dann entscheidungserheblich, wenn Anhaltspunkte dafür bestehen, dass nach den Vorgaben der Verwendungsfiktion in § 27 Abs. 1 Sätze 3 und 5 KStG eine Einlagenrückgewähr vorliegen könnte.

### **Fundstelle**

BFH, Urteil vom 27. Oktober 2020 ([VIII R 18/17](#)), veröffentlicht am 04. Februar 2021.

### **Beteiligungs- und Darlehensgeschäfte innerhalb eines Konzerns zur Umgehung der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen aus dem Verkauf mehrerer Flugzeuge nach Ablauf der Leasingdauer stellen Gestaltungsmissbrauch dar**

Gegenläufige, einem Gesamtplan folgende Beteiligungs- und Darlehensgeschäfte, die nur dazu dienen, einen steuerlichen Verlust zu kreieren, um die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen (hier: aus dem Verkauf von Flugzeugen nach Ablauf der Leasingdauer) zu umgehen und die sich bei einer Gesamtbetrachtung in ihrem wirtschaftlichen Ergebnis ausgleichen (sog. wirtschaftliches Nullsummenspiel), sind als Gestaltungsmissbrauch zu qualifizieren. Dies hat das Hessische Finanzgericht entschieden.

### **Sachverhalt**

Geklagt hatte eine zu einem Bankkonzern gehörende Kapitalgesellschaft, welcher das Finanzamt die Berücksichtigung eines Verlustes aus der Veräußerung von Wandelanleihen versagt hatte. Den Verlust erklärte die Klägerin, da sie den gleichhohen Gewinn aus dem Verkauf von Anteilen an einer konzerneigenen Gesellschaft als steuerfrei nach § 8b Abs. 2 Satz 1 des Körperschaftsteuergesetzes (KStG) ansah. Den so erklärten Verlust hatte die Klägerin genutzt, um den bei ihr angefallenen Veräußerungsgewinn in beträchtlicher Höhe aus dem Verkauf eines Flugzeugs steuerlich auszugleichen.

In dem gewählten Gestaltungsmodell sollten durch gegenläufige wechselseitige Darlehens- und Wandelanleihegeschäfte innerhalb des Konzerns, die sich im wirtschaftlichen Ergebnis gegenseitig neutralisierten („wirtschaftliches Nullsummenspiel“), zum einen Betriebsausgaben durch einen Verlust aus dem Verkauf von Wandelanleihen und zum anderen ein gleichhoher nach § 8b Abs. 2 KStG steuerfreier Gewinn aus Beteiligungsverkäufen generiert werden. Die Betriebsausgaben nutzte die Klägerin, um Veräußerungsgewinne aus dem Verkauf gebrauchter Flugzeuge in Millionenhöhe nach Ablauf der Leasingdauer auszugleichen und damit deren Besteuerung zu umgehen. Zuvor hatte die Klägerin zur Verhinderung der Besteuerung der zu erwartenden Veräußerungsgewinne aus dem Verkauf der Flugzeuge bei der Leasinggesellschaft durch gesellschaftsrechtliche Gestaltungen über einzelne



Untergesellschaften die Flugzeuge ohne Aufdeckung der stillen Reserven von der Leasinggesellschaft übernommen. Für die Übernahme ihrer zu erwartenden Steuerlast aus den Flugzeugverkäufen hatte die Leasinggesellschaft ein Entgelt entrichtet.

### **Entscheidung des Finanzgerichts**

Die hiergegen gerichtete Klage wurde vom Hessischen Finanzgericht abgewiesen.

Das Finanzgericht hat die Gestaltung zur Umgehung der Besteuerung der Veräußerungsgewinne aus den Flugzeugverkäufen steuerlich nicht anerkannt. Zum einen hat es in seiner rechtlichen Beurteilung den Verlust aus dem Verkauf der Wandelanleihen nicht steuermindernd bei der Gewinnermittlung der Gesellschaft berücksichtigt, sondern wegen eines vorrangigen Veranlassungszusammenhangs zwischen den Darlehens- und den Wandelanleihegeschäften als Veräußerungskosten nach § 8b Abs. 2 S. 2 KStG mit den steuerfreien Gewinnen aus den Beteiligungsverkäufen verrechnet.

Zum anderen hat das Finanzgericht das Urteil damit begründet, dass vorliegend eine als Gestaltungsmissbrauch nach § 42 der Abgabenordnung (AO) zu beurteilende unangemessene Gestaltung vorgelegen habe. Dies sei der Fall, wenn – wie im Streitfall – gegenläufige Geschäfte abgeschlossen würden, die ausgehend von einem vorherigen Gesamtplan nur dazu dienten, einen steuerlichen Verlust zu erwirken, sich in ihren wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen jedoch neutralisierten und somit lediglich als formale Maßnahmen darstellten (sog. „wirtschaftliches Nullsummenspiel“). Ausgehend vom Leistungsfähigkeitsprinzip setze die steuerliche Berücksichtigung von Betriebsausgaben nach den gesetzgeberischen Wertungen voraus, dass für das Unternehmen durch betrieblich veranlasste Maßnahmen eine wirtschaftliche Belastung eingetreten sei. Bei Vorliegen eines Gesamtplans müssten die diesem unterliegenden Geschäfte konzernübergreifend zusammenfassend beurteilt werden.

In einem vom Hessischen Finanzgericht am gleichen Tag entschiedenen Parallelfall (4 K 1431/18) – beruhend auf einem ähnlichen Gestaltungsmodell, welches indes über Darlehens- und Genussrechtsgeschäfte abgewickelt wurde – hat das Finanzgericht ebenfalls das Vorliegen eines Gesamtplans bejaht und alle diesem unterliegenden Geschäfte konzernübergreifend zusammen betrachtet. Daher hat es auch in diesem Fall den begehrten steuerlichen Betriebsausgabenabzug versagt.

### **Fundstelle**

Hessisches Finanzgericht, Urteil vom 21. Oktober 2020 ([4 K 1644/18](#)); die Nichtzulassungsbeschwerde ist beim BFH unter dem Az. I B 83/20 anhängig, vgl. die [Pressemitteilung vom 09. Februar 2021](#).



Weitere interessante News und Entscheidungen finden Sie in unserem Blog Steuern & Recht

HIER

# Terminplaner

Auf den Punkt gebracht:  
Steueränderungen 2020/2021  
15.02., 19.02. oder 23.02., Webinar

[ZUM SEMINAR](#)

Wir freuen uns auf Sie!



Alle aktuellen Veranstaltungen finden  
Sie in der PwC Veranstaltungssuche.

[VERANSTALTUNGSSUCHE](#)

## Noch Fragen?

Dann sprechen Sie bitte Ihren PwC-Berater an oder senden Sie eine E-Mail.

[E-MAIL SENDEN](#)

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer für Sie tätigen Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

## Bestellung und Abbestellung

Wenn Sie einen PwC-Newsletter bestellen, speichern und verarbeiten wir Ihre E-Mail-Adresse zum Zweck des Versands des von Ihnen abonnierten Newsletters.

Falls Sie „steuern+recht aktuell“ nicht mehr erhalten möchten, senden Sie bitte eine entsprechende E-Mail-Nachricht an:

[ANMELDEN](#)[ABMELDEN](#)



## Redaktion

Gabriele Nimmrichter  
PricewaterhouseCoopers GmbH  
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37  
60327 Frankfurt am Main  
Tel.: (0 69) 95 85-5680  
gabriele.nimmrichter@de.pwc.com

Gunnar Tetzlaff  
PricewaterhouseCoopers GmbH  
Fuhrberger Straße 5  
30625 Hannover  
Tel.: (0 511) 53 57-3242  
gunnar.tetzlaff@de.pwc.com

## Datenschutz

Die Datenverarbeitung für den Versand des Newsletters erfolgt aufgrund der Grundlage Ihrer Einwilligung. Sie können den Newsletter jederzeit mit Wirkung für die Zukunft abbestellen und Ihre Einwilligung damit widerrufen

© 2021 PwC. All rights reserved. PwC refers to the PwC network and/or one or more of its member firms, each of which is a separate entity.

Please see [www.pwc.com/structure](http://www.pwc.com/structure) for further details.